|  |
| --- |
|  |
| **Von der Teilung Deutschlands bis zur Wiedervereinigung – in 20 Begriffen** **Auftrag:**1. Definieren Sie die Begriffe und beschreiben Sie deren Bedeutung in Bezug auf die Teilung Deutschlands, die Berliner Mauer und den Kalten Krieg ganz allgemein.2. Legen Sie eine inhaltlich und zeitlich logische Reihenfolge der einzelnen Begriffe fest. |
|  |
| **Anmerkungen zu den Lösungen:** Die inhaltlich und zeitlich logische Reihenfolge lässt sich durchaus unterschiedlich festlegen. Entscheidend sind die stichhaltigen Argumente, mit welchen die S die Reihenfolge erklären. Die unten aufgeführte Reihenfolge ist ein Lösungsvorschlag.**1. Potsdamer Konferenz (7.7.-2.8.1945)**In Potsdam trafen die Regierungschefs der alliierten Siegermächte zusammen, um die deutsche Nachkriegsordnung zu beraten. Truman (USA), Stalin (UdSSR) und Churchill (ab Ende Juli Clement Attlee, GB) fassten u.a. folgende Beschlüsse: Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung der deutschen Industrie, Demokratisierung («die vier D’s»), Einsetzung eines Alliierten Kontrollrates, Reparationszahlungen, Aufteilung Deutschlands und Berlins in vier Besatzungszonen. Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz bestimmten die Deutschlandpolitik nach 1945 entscheidend, wurden aber infolge des Kalten Krieges und der Gründung beider deutscher Staaten in vielen Bereichen bedeutungslos.**2. Besatzungszonen**Aufteilung Deutschlands und Berlins in je vier Zonen, die von einer der vier Siegermächte (USA, GB, F und UdSSR) verwaltet wurden. **3. Alliierter Kontrollrat**Gemeinsames oberstes Regierungsorgan der vier Besatzungsmächte in Deutschland. Aufgrund zunehmender Meinungsverschiedenheiten (Kalter Krieg) wurde er bald handlungsunfähig und trat seit März 1948 nicht mehr zusammen.**4. Kalter Krieg**Bezeichnung für die machtpolitische und ideologische Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. An die Schwelle eines «heissen Krieges» führten vor allem die Berliner Blockade (1948/49), der Koreakrieg (1950-53) und die Kubakrise (1962/63). Nach 1963 liessen Entspannungsbemühungen den Kalten Krieg abklingen. Sein endgültiges Ende wurde aber erst durch den Zerfall des Ostblocks 1989/90 eingeläutet.**5. Eiserner Vorhang**Von Winston Churchill 1945 geprägtes Schlagwort. Es bezeichnet die militarisierte Grenze in Europa, mit der die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Machtbereich von der übrigen Welt abriegelte.**6. Marshallplan**Geht auf den amerikanischen Aussenminister George Marshall zurück. Es handelt sich um ein Wiederaufbauprogramm für Europa, das die USA 1947 als Wirtschaftshilfe für die zerstörten Länder einleitete. Davon profitierte vor allem Westeuropa. Die Ostblockstaaten lehnten den «kapitalistischen» Marshallplan ab und gründeten unter Führung der UdSSR den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe.**7. Berliner Blockade (24.6.1948-12.5.1949)**Von der sowjetischen Besatzungsmacht verhängte Blockade Westberlins durch Sperrung aller Zufahrtswege. Der Versuch der UdSSR, ganz Berlin unter ihre Kontrolle zu bringen, scheiterte am Widerstand der Westmächte. Sie versorgten Westberlin über eine Luftbrücke, sodass die sowjetische Regierung die Blockade schliesslich abbrach. **8. BRD**Bundesrepublik Deutschland. Pluralistische, parlamentarische Demokratie mit einem Grundgesetz, gegründet 1949.**8. DDR**Deutsche Demokratische Republik. Volksrepublik unter Führung der kommunistischen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), gegründet 1949.**9. Zonengrenze** Bezeichnung für die Grenze zwischen der BRD und der DDR. Diese wurde im Laufe der 50er und 60er Jahre immer stärker mit Grenzzäunen befestigt und teilweise mit Minengürteln und Selbstschussanlagen gesichert.**10. Republikflucht**Gemeint ist der «ungesetzliche Grenzübertritt» gemäss DDR-Strafrecht. In der DDR war der unerlaubte Grenzübertritt nach § 213 des Strafgesetzbuches eine strafbare Handlung. Die Strafandrohung diente in erster Linie dazu, die Einwohner der DDR bei Versuch der Flucht aus der DDR bestrafen zu können. Nach § 213 Absatz 1 StGB-DDR vom 12. Januar 1968 war der Grundtatbestand des ungesetzlichen Grenzübertritts im Höchstmaß mit einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren zu ahnden. In der Rechtspraxis wurde jedoch häufig ein „schwerer Fall“ gemäß Absatz 2 angenommen; die Höchststrafe betrug dann 5 Jahre Freiheitsstrafe. Durch Gesetz vom 28. Juni 1979 wurde der § 213 neugefasst, der nunmehr in Absatz 3 geregelte „schwere Fall“ sah ab diesem Zeitpunkt eine Höchststrafe von 8 Jahren Freiheitsstrafe vor.**11. Mauerbau (ab 13.8.1961)**In der Nacht vom 12. auf den 13. August 1961 gab Walter Ulbricht, der DDR-Staatsratsvorsitzende, SED-Parteiführer und Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, den Befehl zur Abriegelung der Sektorengrenze in Berlin und damit zum Bau einer Mauer um Westberlin herum. Im Einverständnis mit der Sowjetunion und mit Rückendeckung der sowjetischen Truppen in der DDR wurde das letzte Schlupfloch versperrt, durch das der SED-Diktatur noch zu entkommen war.Noch am 15. Juni 1961 hatte Walter Ulbricht auf einer Pressekonferenz in Ostberlin verkündet: "Ich verstehe Ihre Frage so: Dass es Menschen in Westdeutschland gibt, die wünschen, dass wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR mobilisieren, um eine Mauer aufzurichten, ja? Eh, mir ist nicht bekannt, dass eine solche Absicht besteht, da sich die Bauarbeiter in der Hauptstadt hauptsächlich mit Wohnungsbau beschäftigen und ihre Arbeitskraft voll eingesetzt wird. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten." (Quelle: http://lpb-bw.de/mauerbau.html)In der DDR-Terminologie wurde die Mauer als «antifaschistischer Schutzwall» gefeiert.**12. Schiessbefehl**Unter dem Begriff Schiessbefehl werden die Anweisungen an Grenzsoldaten der DDR zusammengefasst, an der innerdeutsche Grenze auf Flüchtlinge scharf zu schießen. Ihre allgemein bekannte Anwendung verlieh den Absperrmassnahmen der DDR an ihren Grenzen, die immer den Flüchtlingen galten, die nötige Glaubhaftigkeit. Die Anweisungen bestanden in unterschiedlicher Form von 1960 bis 1989. Formal legalisiert wurde die Praxis erst 1982 durch § 27 des Grengesetzes. Bis 1989 starben über 800 Menschen beim Versuch, von Ost nach West zu fliehen. Allein an der Berliner Mauer kam rund 130 Menschen ums Leben.**13. Berlinkrise – Checkpoint Charlie (ab 27.Oktober 1961)**Als Folge des Versuchs der SED-Führung, alliierte Rechte der Westmächte in Berlin einzuschränken, standen sich am 27. Oktober 1961 sowjetische und amerikanische Panzer am „Checkpoint Charlie“ gefechtsbereit gegenüber. Heute weiss man, dass die Kommandeure beider Seiten den Befehl hatten, ihre Panzer notfalls einzusetzen. Im November 1961 reagierten die USA auf die neuere Berlin-Krise mit der Operation «Stair Step». Dabei wurden über 200 Kampfflugzeuge aus den Vereinigten Staaten über Kanada und die Azoren nach Frankreich verlegt und kehrten erst im August 1962 wieder in die USA zurück.**14. Kennedy-Rede (26.6.1963)**Präsident John F. Kennedy besuchte anlässlich des 15. Jahrestages der Berliner Luftbrücke die Stadt Berlin und hielt am 26. Juni 1963 vor dem Schöneberger Rathaus vor mehr als 400.000 Menschen seine berühmte Rede, die er mit dem Satz „Ich bin ein Berliner!“ beendete (vgl. Quellenblatt 1). 15.a.& b. Glasnost & PerestroikaNachdem Michail Gorbatschow 1985 zum Generalsekretär der KPdSU gewählt worden war, suchte der neue sowjetische Führer einen Weg aus der Krise des Ostblocks. Den einzigen Ausweg sah er in der Beendigung des Wettrüstens, der wirtschaftlichen Öffnung zum Westen und einer gründlichen Reform des verkrusteten Sowjetsystems. Für die Reform fand er die Schlagwörter «Glasnost» (Offenheit) und «Perestroika» (Umgestaltung). Mit Glasnost forderte er zur kritischen öffentlichen Diskussion politischer Fragen auf. Perestroika bedeutete für Gorbatschow: „Entwicklung der Demokratie auf breiter Basis, sozialistische Selbstverwaltung, Förderung von Initiative und schöpferischer Arbeit, Stärkung von Ordnung und Disziplin, mehr Offenheit, Kritik und Selbstkritik in allen Bereichen unserer Gesellschaft ... Das Wesen der Perestroika liegt in der Tatsache, dass sie Sozialismus und Demokratie miteinander verbindet ...“ (Quelle: Michail Gorbatschow, Perestroika, München 1987, S. 39,41) **16./17. Neue Reiseregelung & Mauerfall (9.-10.11.1989)**Am 9. November 1989 verlas Günter Schabowski, der Pressesprecher des SED-Politbüros, an einer denkwürdigen Pressekonferenz in Ostberlin unter anderem diese Erklärung der DDR-Führung:„Ab sofort treten folgende zeitweilige Übergangsregelungen für Reisen und ständige Ausreisen aus der DDR in das Ausland in Kraft: Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. ...“Schabowski übersah dabei, dass die Meldung über diese massive Lockerung der Reisebestimmungen erst am 10. November hätte veröffentlicht werden dürfen. Auch auf mehrmaliges Nachfragen von Journalisten hin bestätigte Schabowski, die neue Reiseregelung gelte ab sofort – und zwar auch für Berlin. Die Nachricht verbreitete sich in Windeseile. Sogleich machten sich Tausende von Ostberlinern auf den Weg zur Mauer. Den überrumpelten Grenzposten blieb nichts anderes übrig, als die DDR-Bürger in den Westen passieren zu lassen. Die Mauer war damit überflüssig geworden.**18. Wiedervereinigung (3.10.1990)**Am 18.3.1990 fanden in der DDR freie Wahlen statt. Diese wurden von einer Parteienallianz gewonnen, die eine Vereinigung mit der BRD anstrebte. Voraussetzung für eine Wiedervereinigung war die Zustimmung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Im Juli 1990 erreichte der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl in langen Verhandlungen die Zustimmung des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow zur deutschen Einheit. Damit waren auch auf internationaler Ebene alle Voraussetzungen für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik geschaffen. *Quellen: Schweizer Geschichtsbuch, Band 3/4, Kompaktausgabe: Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, 2011, Cornelsen; Anno, Band 4, 2003, Westermann, S. 309-314; Geschichtsbuch, Band 4, Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten: Von 1918 bis 1995; Diverse Wikipedia-Seiten, Website der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg.* |